Menschen für Tierrechte
Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Menschen für Tierrechte –
Tierversuchsgegner Rheinland-Pfalz e.V.

27. März 2011 – Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Der Bundesverband Menschen für Tierechte und sein Landesverband Rheinland-Pfalz haben die Parteien gefragt, was sie in der kommenden Legislaturperiode für die Tiere tun wollen. Konkret haben die Tierrechtler nach der Tierschutz-Verbandsklage, der Förderung von Tierversuchsersatzverfahren und nach der Tierhaltung in der Landwirtschaft gefragt. Eine schnelle Orientierung gibt die Übersichtstabelle. Wir empfehlen, die Antworten im Original zu lesen. Anschreiben, Antworten, Übersichtstabelle und Wahlprogramm finden Sie in den weiteren Dateien hier auf dieser Seite.

Analyse der Wahlprogramme

Der Bundesverband Menschen für Tierechte und sein Landesverband Rheinland-Pfalz haben die Wahlprogramme der Parteien auf Aussagen zum Tierschutz analysiert.

Das Wahlprogramm der **CDU** ist klar gegliedert und gibt Antworten auf präzis gestellte Fragen: Was wollen wir? Warum wollen wir das? Wie wollen wir das erreichen? Zum Tierschutz werden diese Fragen nicht gestellt. Das Wahlprogramm der CDU schützt Tiere ausschließlich in Verbindung mit Artenschutz (Seite 66) und steht für kooperative Lösungen im Tier-, Natur- und Umweltschutz (S.76). Schweine und Kühe werden nicht als schmerz- und leidensfähige und deshalb zu schützende Mitgeschöpfe benannt, sondern als Produktionsort für Fleisch und Milch (Seite 75). Doch spätestens an diesem Punkt muss sich eine Partei dem Staatziel Tierschutz und dem Wertewandel unserer Gesellschaft zu Gunsten der Tiere stellen. Das aber macht die CDU in ihrem Wahlprogramm konsequent nicht. Sie setzt sich vielmehr für eine bessere Unterstützung der Schweinehalter ein, ohne die Förderung an eine bessere Tierhaltung zu koppeln. Auch für die Milchviehhalter soll es Zulagen geben, die nicht an Tierschutzforderungen gebunden werden (S. 75). Dabei sind gerade die Vorschriften der Nutztierhaltung für Schweine alles andere als tiergerecht. Die hohen Milchleistungen der Kühe, die durch einseitige Zuchtselektion erreicht wurden, überfordern den Tierorganismus, so dass die Kühe meist nicht mehr als drei Laktationen durchstehen und durchaus den Bereich der Qualzucht berühren. Haltungsvorschriften für Milchkühe fehlen bisher vollständig. Über die Förderung tiergerechterer Haltungen könne dagegen erst nach einem Kassensturz befunden werden, antwortet die CDU auf unsere Wahlfrage. Die konventionellen und damit tierschutzrelevanten Haltungen sollen aber unabhängig von diesem Kassensturz in jedem Fall finanzielle Unterstützung erhalten, ist dem Wahlprogramm zu entnehmen.

Die Linke (bisher nicht im Landtag Rheinland-Pfalz vertreten) setzt sich in ihrem Wahlprogramm (S. 31) für den ökologischer Landbau und den Schutz von Wild-, Nutz- und Haustieren ein. Übergeordnet will die Linke eine Änderung des Werte- und Rechtssystem erreichen. Nur eine artgerechte Tierhaltung soll gefördert werden. Haltungen, die lediglich die Mindestanforderungen umsetzen, sollen keine Förderung erhalten. Die Einführung der Tierschutzverbandsklage steht ebenfalls als zentrale Forderung im Programm. Die Partei spricht sich gegen Tierversuche aus.

.

FDP erwähnt den Tierschutz im Zusammenhang mit der Landwirtschaft (S. 96). Danach muss die Landwirtschaft den steigenden Anforderungen an den Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz gerecht zu werden und zur Artenvielfalt beitragen. Die FDP verfolgt die 1:1 Umsetzung europäischer Vorgaben (S. 97). Das betrifft insbesondere die Nutztierhaltungsvorgaben. Die FDP will hiermit Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten Deutschlands durch z.B. national höhere Anforderungen in der Tierhaltung vermeiden. Sie verfolgt die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik, erwähnt aber nicht, dass Deutschland umso massiver in Brüssel als Schrittmacher für hohe Tierschutzstandards auftreten muss. Die FDP will die Wettbewerbsfähigkeit der Tierproduktion sichern (S. 104). Umweltfreundliche, tiergerechte Haltungen sollen durch Ausschöpfung der Fördermaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) verbessert werden.

Das Wahlprogramm von **B90/Die Grünen** (2006- 2011 nicht im Landtag vertreten) beschäftigt sich auf den Seiten 32, 36 und 37 mit dem Tierschutz. Die Einführung der Tierschutzverbandsklage ist zentrale Forderung. Tierhaltung muss artgerecht sein und schließt tierquälerische Massentierhaltung aus. Eine Kennzeichnung tierischer Lebensmittel soll den Verbraucher über die Tierhaltung informieren. Angestrebt wird auch ein Tierschutzsiegel für Produkte aus artgerechter Haltung. Das Wahlprogramm hebt vegetarische und vegane Ernährung als Alternativen zum Fleischkonsum auch unter dem Aspekt der Klimaschonung klar hervor. Das hat bisher erstmals im Mai 2010 das Wahlprogramm der Grünen in Nordrhein-Westfalen gewagt, gefolgt vom grünen Wahlprogramm in Hamburg (20.Februar 2011). Die Reduzierung tierischer Produkte wird als Beitrag zum Tier- und Klimaschutz sowie der globalen Ernährungsgerechtigkeit ausgewiesen.
Die Abschaffung der Tierversuche, Förderung von Tierversuchsersatzverfahren und ein Studium ohne Tierexperimente oder Tierverbrauch sind weitere Programmpunkte. Verfolgt werden außerdem die Einschränkung der Haltung gefährlicher und exotischer Tiere in Privathand, das Verbot der Wildtierhaltungen in Zirkussen sowie das Ende der Pelztierhaltung. Tierheime sollen eine ausreichende Finanzierung erhalten. Gleichzeitig soll die Initiative für ein Heimtierzuchtgesetz ergriffen werden. Das Jagdrecht soll sich an ökologischen Prinzipien und am Tierschutz orientieren.
.
Die **SPD** betont in ihrem Wahlprogramm den hohen Stellenwert des Tierschutzes, auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft. Tierrechte sollen gestärkt, die Tierschutzverbandsklage eingeführt werden Konkret nennt das Wahlprogramm folgende Punkte (S. 34): Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere verbessern, Verbot der Käfighaltung von Legehennen auch in so genannten Kleingruppenkäfigen, Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen; Unterstützung ehrenamtlichen Engagements für den Tierschutz, Ausbau der Förderung von Tierschutzeinrichtungen, wirksames Verbot der Qualzucht von Tieren, mehr Tierschutz in der Exotenhaltung sowie die Tierschutzkennzeichnung von Lebensmitteln. Durch Schaffung von Wildtierkorridoren sollen Lebensräume vernetzt werden. (S. 35)

Rückblick auf die letzte Legislatur in Rheinland-Pfalz

Bei der letzten Wahl am 26. März 2006 erreichte die SPD 45,6 % der Stimmen und 53 Sitze. Das reichte für eine Alleinregierung. Die CDU kam auf 32,8% und 38 Sitze, die FDP auf 8% und10 Sitze. B90/Die Grünen scheiterten mit 4,6% und Die Linke mit 2,5% der Wählerstimmen an der 5 % Hürde.

Tierschutzpolitik der Landesregierung
Das Regierungsprogramm der SPD von 2006 bis 2011 nannte den Einsatz für die artgerechte Haltung für Tiere, die Reduktion der Lebendtiertransporte, Vermeidung der Ferntransporte zu Schlachthöfen, Förderung der Alternativmethoden zu Tierversuchen und

Einrichtung eines Wissenschaftspreises für Tierversuchsersatzverfahren. Diese Zusagen hat die SPD Landesregierung in den letzten fünf Jahren verfolgt. Tierversuchsersatzverfahren werden durch einen eigenen Forschungsetat sowie durch einen Forschungspreis gefördert. Auch eine bessere Landwirtschaftliche Tierhaltung wird durch einen Preis ausgezeichnet.

Rheinland-Pfalz hat als einziges Bundesland gegen die Käfighaltung von Legehennen in so genannten Kleingruppen Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und Erfolg gehabt. Die Bundsregierung muss die Haltungsvorschriften für Leghennen erneut bis März 2012 verabschieden.

Zu Tiertransporten wurden Anträge des Landes vom Bundesrat unterstützt. Auch zur Haltung von Exoten, zum Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden und für ein Verbot des betäubungslosen Kastrierens von Ferkeln war die SPD-Landesregierung durch Bundesratsinitiativen aktiv. Zur Unterstützung der Tierheime wurde für 2010 und 2011 ein Förderprogramm von 1,7 Millionen Euro aufgelegt.

Im Wort steht die SPD und hier insbesondere Ministerpräsident Kurt Beck mit der 2007 gemachten Zusage, die Tierschutzverbandsklage einzuführen. Eine plausible Begründung, warum die allein regierende SPD nicht bereits in der zu Ende gehenden Legislatur das Klagerecht eingeführt hat, gibt es nicht. Das aktuelle Regierungsprogramm nennt dieses Ziel erneut für die kommende Legislatur.

Tierschutzthemen der Landtagsfraktionen

In der letzten Legislaturperiode beschäftigten sich die Landtagsfraktionen mit Tierschutzthemen eher selten.

Die SPD veranlasste die Aussprache zum Tierschutzbericht des Landes und beteiligte sich an einem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen zur Milcherzeugung. Der Antrag beinhaltet Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige Milcherzeugung. Den Aspekt „Mehr Tierschutz bei der Milchproduktion“ greift dieser Antrag allerdings nicht auf.

Die CDU kümmerte sich um Fischtreppen, wettbewerbsfähige Milcherzeugung, die Situation der Tierheime. Der gemeinsame Antrag der drei Fraktionen zu Health Check und Agrarpolitik berücksichtigt den Tierschutz ebenso wie der Antrag zu Milcherzeugung nicht!